WP-01-K1-497

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: David Schönwerth (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 496 bis 501:
Länder und Kommunen brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie auch für konkrete Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für neue bundesweit gesetzlich geregelte Leistungen wie Elterngeld oder Wohngeld einen digitalen Dienst bereithalten müssen, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort nutzen ~~können~~. Durch solche zentralen Serviceeinheiten kann der Bund Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die Verwaltung vor Ort auf die

Begründung

Problem:

Es ist Menschen in diesem Land nicht zu vermitteln, dass Bundesländer bspw. beim Wohngeld unterschiedliche Fachverfahren für dieselbe bundesweit geregelte Leistung entwickeln lassen.

Eine freiwillige Nachnutzung von EfA-Leistungen ist bereits heute teilweise möglich (d.h. eine/r entwickelt Software, anderen können sie nachnutzen). Aber OZG und das EfA-Prinzip haben hier nicht die nötige Veränderungen gebracht.

Das Geld, was weiterhin für die redundante Entwicklung und Pflege solcher (gerne auch nicht quelloffener) Fachverfahren ausgegeben wird, sollte sinnvoller verwendet werden.

Lösung:

Im Kontext der erwähnten Reformprozesse (Förderalismusreform) soll insbesondere erreicht werden, dass 1) der Bund ein digitales Fachverfahren bei einer neuen bundesweit gesetzlich geregelten Leistung bereitstellt und 2) **insofern es sich um eine neue bundesweit gesetzlich geregelte Leistung handelt, die Länder oder Kommunen vom durch den Bund bereitgestellten Fachverfahren nur im Ausnahmefall und auf eigene, zu veröffentlichende Kosten abweichen dürfen, ergo im Regelfall das Verfahren des Bundes nutzen.**

Dies trägt auch zum übergeordneten Ziel bei, die Interoperabilität und Datenportabilität zwischen Verwaltungssoftware in Deutschland zu erhöhen.

weitere Antragsteller*innen

Esther Kern (KV Berlin-Mitte); Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Lichtenberg); Veit Olschinski (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Basedow (KV Berlin-Pankow); Jakob Döring (KV Berlin-Pankow); Felix Hoffmann (KV Berlin-

Pankow); Angela Büttner (KV München); Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte); Jan Snoor Andersen (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sascha Bachmann (KV Berlin-Kreisfrei); Christian Fiebrig (KV Berlin-Pankow); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Jan Stockemer (KV Berlin-Pankow); Matthias Kiehl (KV Berlin-Pankow); Mila Frerichs (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Julian Klusmann-Rösner (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jonas Willaredt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.